

Tages-Anzeiger
8021 Zürich
044/ 248 44 11
www.tagesanzeiger.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 172'920
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 037.021
Abo-Nr.: 1094819
Seite: 3
Fläche: 66'619 mm²

Sie leiden wie Kriegsveteranen

Bei vielen ehemaligen Verding- und Heimkindern zeigen sich noch im Alter ernste gesundheitliche Spätfolgen. Das weist die Universität Zürich erstmals wissenschaftlich nach.

Susanne Wenger

Soll die Schweiz den Opfern früherer fürsorglicher Zwangsmassnahmen auch finanzielle Leistungen zur Wiedergutmachung ausrichten? Um diese Frage wird politisch gerungen. Eine Volksinitiative verlangt einen Fonds von 500 Millionen Franken für ehemalige Verding- und Heimkinder sowie andere Opfergruppen, die bis weit ins 20. Jahrhundert hinein unter dem erbarmungslosen Regime von Fürsorgebehörden litten. Der Bundesrat bereitet einen indirekten Gegenvorschlag vor, der Beiträge bis zu 300 Millionen Franken an 12'000 bis 15'000 Opfer ermöglicht. Gegner einer materiellen Wiedergutmachung argumentieren, auch andere hätten es schwer gehabt, und es gehe nicht an, die damaligen Vorgänge nach heutigen Massstäben zu beurteilen. Nun zeigen Studien des Psychologischen Instituts der Universität Zürich, wie sehr das scheinbar Vergangene in die Gegenwart hineinreicht.

Die Forscher untersuchten erstmals die psychischen Spätfolgen bei ehemaligen Verding- und Heimkindern. Ziel ist es, neue Erkenntnisse über das Altwerden von Menschen mit frühen Stresserfahrungen zu gewinnen. Erste Resultate wurden in internationalen Fachzeitschriften veröffentlicht, hierzulande aber noch wenig zur Kenntnis genommen. Sie belegen, dass viele der einst Fremdplatzierten auch als Betagte noch an den Misshandlungen und an der Vernachlässigung tragen, die sie als Kinder erlebt haben.

Schreckensbilder bleiben

Die Wissenschaftler befragten 141 Betroffene, die sich auf eine Ausschreibung hin gemeldet hatten. Sie waren im Durchschnitt 77 Jahre alt und als Sechsjährige erstmals fremdplatziert worden. Im Schnitt verbrachten sie elf Jahre an drei verschiedenen Pflegeplätzen; bei Bauern oder in Anstalten. Einzelne berichten im Rückblick von positiven Erfahrungen, doch die meisten waren

mehrfachen Traumata ausgesetzt. Fast 70 Prozent erlitten körperliche Gewalt, mehr als die Hälfte wurde sexuell missbraucht. Das Grauen lässt die Opfer nicht los: Rund ein Viertel hat heute noch eine posttraumatische Belastungsstörung, die die Forscher auf die Kindheit zurückzuführen.

Diese Störung kann nach Gewalt, Folter oder Krieg auftreten. Zentrales Symptom ist der Erinnerungsdruck, wie ihn Soldaten kennen, die aus Kriegseinsätzen zurückkehren. Die Betroffenen machen die erlittenen Qualen in ihrer Vorstellung immer wieder durch, wobei die Schreckensbilder unvermittelt über sie herfallen. Der Anteil dieser Störung bei den befragten Ex-Verdingkindern müsse - Jahrzehnte nach den Vorfällen - als vergleichsweise hoch gelten, sagt Studienleiter Andreas Maercker, Psychologieprofessor an der Universität Zürich und Traumaspezialist. «Gleichaltrige, die es ebenfalls schwer hatten und in einem bäuerlichen Umfeld in Armut aufwuchsen, kommen nicht auf diese Raten.» Die Traumatisierten nähmen sich zudem als schwach, wertlos und zerbrochen wahr.

Die Forscher fanden bei stark traumatisierten ehemaligen Heim- und Verdingkindern auch Hinweise auf ein erhöhtes Risiko, an Demenz zu erkranken. Zudem ist ihre Depressionsrate höher als bei anderen über 70-Jährigen. «Das Ausmass individuellen Leids ist gross, auch wenn man es von aussen nicht sieht», sagt Maercker. Dieses lange nicht beachtete Leiden zu anerkennen, hält der Wissenschaftler «aus psychologischer Sicht für sehr wünschenswert», und zwar «bis hin zu finanziellen Kompensationen» durch das Gemeinwesen. Bei einer Auszahlung finanzieller Leistungen stellt sich die Frage, ob diese nach Schwere- und Leidensgrad abgestuft werden sollen. Der Initiativtext geht in diese Richtung und fordert, dass sich die Höhe der Wiedergutmachung nach dem erlittenen Unrecht

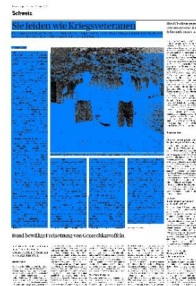
richte. Der runde Tisch hingegen, an dem auch Opfergruppen vertreten sind, empfiehlt eine einheitliche Abgeltung, um Auseinandersetzungen zwischen den Opfergruppen zu vermeiden.

Psychologe Maercker, der auch das Schicksal politisch Inhaftierter in der ehemaligen DDR aufarbeiten half, empfiehlt ein zweistufiges Verfahren. Zunächst würde dabei ein finanzieller Beitrag zur Anerkennung erlittenen Unrechts an die Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen geleistet. Danach würden die heutigen Gesundheitsschäden im Einzelfall begutachtet und berücksichtigt. Maercker verweist auf andere Länder mit ähnlicher Geschichte, in denen dies so gemacht worden sei. Indem man die Situation in der Gegenwart anschauet, vermeide man es, die Vergangenheit aufzurechnen, sagt Maercker. Also etwa zu beurteilen, was schlimmer sei: als Kind im Heim täglich Prügel erhalten zu haben oder als junge Frau zwangssterilisiert worden zu sein.

Ein «Solidaritätsbeitrag»

der Gegenvorschlag vom gleichen Beitrag für alle Berechtigten ausgehen wird. Die Betroffenen würden damit lediglich auf ihre prinzipielle Eigenschaft als Opfer hin überprüft.

Dies soll auch dem Ziel eines raschen und unbürokratischen Verfahrens dienen. Darauf legen alle Akteure Wert, auch die Initianten: «Sonst erreichen wir die Betroffenen nicht», mahnt der Unternehmer Guido Fluri, Urheber des Volksbegehrens. Für ihn bestätigen die Zürcher Forschungsergebnisse, wie dringlich die Finanzhilfe sei, «auch wenn die seelischen Schäden wohl nie mehr richtig geheilt werden können». Der Gegenvorschlag des Bundesrats soll vor den Sommerferien in die Vernehmlassung gehen. Die Zeit drängt, wie auch die Forscher feststellen mussten: Als sie die Studienteilnehmer für eine Folgestudie erneut kontaktieren wollten, waren einige



Tages-Anzeiger
8021 Zürich
044/ 248 44 11
www.tagesanzeiger.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 172'920
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 037.021
Abo-Nr.: 1094819
Seite: 3
Fläche: 66'619 mm²

bereits gestorben.

«Traumata, Entwicklungsperioden und motivationale Fähigkeiten bei Schweizer Verdingkindern im Alter» in: «Zeitschrift für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie» 60/2014, Göttingen

Auch der Bundesrat will dem Umstand Rechnung tragen, dass viele Opfer aufgrund der Situation in der Kindheit und Jugend heute noch unter negativen Fol-

gen leiden. Das sagt Luzius Mader, Delegierter der Landesregierung in dieser Sache und stellvertretender Direktor des Bundesamts für Justiz. Dabei gehe es um die gesundheitlichen Folgeschäden, aber auch um finanzielle Einbussen, etwa Lücken in der Altersvorsorge. Vorgesehen sei jedoch nicht eine Entschädigung, sondern ein «Solidaritätsbeitrag», betont Mader. So ist anzunehmen, dass



In der Erziehungsanstalt Sonnenberg in Kriens LU wurden Kinder gequält (Aufnahme von 1944). Foto: Paul Senn (FFV, Kunstmuseum Bern)